

# Aufwind für die Rüstungsindustrie?

## Unsere Kritik an Rheinmetall und Hensoldt

Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro beschert der Rüstungsindustrie neuen Aufwind. Sie weiß die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen »Zeitenwende« gleich in zweierlei Hinsicht für sich zu nutzen: Um Profit zu machen, vor allem aber um ihr Image aufzupolieren.

Der Krieg gegen die Ukraine und die Ankündigung des Aufrüstungsprogrammes haben den Wert der deutschen Rüstungsunternehmen in die Höhe schnellen lassen. So stieg beispielsweise der Aktienkurs der Rheinmetall AG seit Kriegsbeginn fast um das Dreifache. Gleiches gilt für die Aktie der Hensoldt AG. Rheinmetall konnte im März den Aufstieg in den DAX feiern und auch Hensoldt freute sich im selben Monat über den Aufstieg in den MDAX.

Gleichzeitig nutzt die Branche geschickt die Angst und Sorge vor Putins Krieg, um ihr Ansehen zu verbessern. »Wir sind dankbar dafür, dass es diesen Imagewandel gibt«, sagt Rheinmetall-Chef Armin Papperger.<sup>1</sup> Die Rüstungsindustrie betont ihre Bedeutung für die »Sicherheit« und will damit auch erreichen, was ihr in den letzten Jahren nicht zu gelingen schien: Das Geschäft mit Waffen und Rüstungsgütern als besonders »nachhaltig« darzustellen.

Doch eines darf auch in der aktuellen Situation nicht in Vergessenheit geraten: Die Industrie, die nun schnelle Hilfe für die Ukraine und neue Ausstattung für die Bundeswehr anbietet und sich als nachhaltiger Sicherheitsgarant präsen-

tiert, ist weiterhin dieselbe, die Geschäftspraktiken vorantreibt, die in eklatantem Widerspruch dazu stehen.

Mit unserer Kritik an diesen Geschäftspraktiken konfrontieren die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Rheinmetall (9. Mai 2023) sowie Hensoldt (12. Mai 2023) auf ihren Hauptversammlungen.

### Rheinmetall AG

#### Erneut Strafanzeige gegen Rheinmetall

Rheinmetall sieht sich erneut mit einer Strafanzeige der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« konfrontiert – wegen möglicher Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen. Der dringliche Verdacht: Rheinmetall Defence soll Kriegsschiffe der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit Marinegeschützen nachgerüstet haben, die bei der Seeblockade des Jemen eingesetzt wurden. Dabei sollen auch zivile Versorgungsschiffe aufgehalten worden sein. Die dadurch mitverursachte humanitäre Krise im Jemen gilt als eine der größten der Gegenwart. Der Generalbundesanwalt hat mittlerweile ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet.<sup>2</sup>

## Neue Heimatmärkte fern jeder Kontrolle

So hält der Rheinmetall-Konzern weiter an seiner Strategie der Schaffung »neuer Heimatmärkte« (v.a. Südafrika, Großbritannien, Ungarn und Australien) fest. Ziel dieses Konzeptes ist es, sich von deutschen Exportregularien unabhängig zu machen und von den neuen Heimatmärkten aus auch Exportgeschäfte in alle Welt zu tätigen. Das südafrikanische Joint-Venture RDM lieferte beispielsweise ganze Munitionsfabriken nach Saudi-Arabien, die VAE oder Ägypten. Aktuell ist in diesem Kontext der Aufbau einer Munitionsfabrik und einer Produktionsstätte für den Schützenpanzer »Lynx« in Ungarn besonders problematisch. Mit den neuen Rheinmetall-Fabriken wird Ungarns Rüstungsindustrie deutlich ausgebaut, um die eigene Armee aufzurüsten und um Rüstungsgüter an andere Länder zu exportieren. Die Aufrüstung Ungarns ist angesichts der Tatsache, dass die Regierung Orban seit Jahren Demokratie und Rechtsstaat demonstriert und zudem eine sehr fragwürdige Sonderrolle im Krieg gegen die Ukraine einnimmt, unverantwortlich.

## Panzerfabrik für die Ukraine

Auch die Pläne des Konzerns, eine Panzerfabrik für das neueste Modell »Panther« in der Ukraine zu bauen, bergen enorme Risiken. Es wird mehrere Jahre dauern, eine solche Fabrik zu errichten und könnte auch hier bedeuten, dass die Kontrolle über die dort produzierten Rüstungsgüter komplett abgegeben wird – inklusive möglicher Exporte von der Ukraine aus.

## Nukleare Teilhabe

Zudem will sich Rheinmetall nun an der Herstellung von Teilen für die F-35-Tarnkappenbomber beteiligen, von denen die Bundesregierung 35 Exemplare bestellt hat. Die F-35 sind die neuen Trägersysteme für die modernisierten US-amerikanischen B61-12-Atombomben, die am Atomwaffenstandort Büchel stationiert werden. Rheinmetall soll laut Medienberichten mit den US-Unternehmen Lockheed Martin und Northrop Grumman eine Kooperation vereinbart haben und die Rumpfteile der F-35 herstellen.<sup>3</sup> Diese Beteiligung am Bau des neuen deutschen Atombombers fördert die nukleare Aufrüstung in Deutschland und verstärkt so die Gefahr einer nuklearen Eskalation in Europa.

## Hensoldt AG

### Vertriebsstandorte in Türkei, Saudi-Arabien, Indien und den VAE

Hensoldt ist dem UN Global Compact beigetreten und betont, dass Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen ein zentrales Thema für die Hensoldt AG ist. Die Unterzeichner des UN Global Compact bekennen sich dazu, internationale Menschenrechte zu unterstützen und zu achten sowie sicherzustellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen. Dieses Bekenntnis steht jedoch in eklatantem Widerspruch zu Aktivitäten des Konzerns.

So machen die Vertriebsstandorte in der Türkei, in Saudi-Arabien und in den VAE deutlich, dass Hensoldt bereit ist, mit Staaten zu kooperieren, in denen Autokraten an der Macht sind, die Menschenrechte massiv verletzt werden und die in Kriege involviert sind – z.B. in Libyen, im Jemen und in Nordsyrien. Auffällig ist zudem der Vertriebsstandort in Indien, da Hensoldt auf seiner Website auch auf mögliche Geschäftsbeziehungen mit Pakistan verweist. Anscheinend werden Geschäftsbeziehungen mit zwei Ländern unterhalten, zwischen denen es immer wieder zu Kampfhandlungen kommt. Die Bewertungen des Bonn International Centre for Conflict Studies stufen alle genannten Länder in mindestens sechs der acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte als »kritisch« oder »möglicherweise kritisch« ein.<sup>4</sup>

### Falscher Weg wird fortgesetzt

Der Nahe Osten liegt nach Europa auf Platz zwei der Regionen, in denen Hensoldt im Jahr 2022 am meisten Umsatz erzielte. Hensoldt wirbt mit der Beteiligung an zahlreichen aktiven Rüstungsprogrammen und langjährigen, engen Beziehungen zu Ländern in der Region. Hierfür kann die Hensoldt AG auch auf ihren Produktionsstandort in Südafrika zurückgreifen, denn von dort können Exportgeschäfte getätigt werden, die in Deutschland womöglich nicht genehmigt würden. So können deutsche Rüstungsexportkontrollregeln systematisch umgangen werden. Medienberichte aus dem Jahr 2022 machen deutlich, wie Hensoldt trotz des deutschen Ausfuhrverbots in Saudi-Arabien um Aufträge buhlte – beispielsweise mit Hilfe des südafrikanischen Standorts.<sup>5</sup>

Dass die Hensoldt AG diesen falschen Weg fortsetzen will, hat der Konzern zuletzt durch eine Mitteilung von Hensoldt Südafrika anlässlich der größten Rüstungsmesse im Nahen Osten, der IDEX 2023, deutlich gemacht. Darin beschreibt Hensoldt Südafrika den Nahen Osten als Schlüsselmarkt und begrüßt die Möglichkeit, weiter in diesem Markt zu wachsen. Dabei scheint das Unternehmen auch dem Wunsch der Kunden nach lokaler Produktion nachzukommen. Medienberichten zufolge erwog es in einer Präsentation, »Argos-II«-Zielerfassungs- und Aufklärungssysteme zukünftig in Saudi-Arabien entwickeln zu lassen. Diese Systeme können etwa unter Kampfdrohnen befestigt werden und kamen bereits im Jemen-Krieg zum Einsatz.<sup>6</sup>

### »Vergrößerung des Export-Werkzeugkastens«

Um Exporte in Regionen wie diese auch im Rahmen europäischer Kooperationsprojekte durchführen zu können, scheint Hensoldt sich für die laxeste Auslegung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte stark zu machen. Medienberichten zufolge setzten sich die Lobbyisten des Unternehmens für den schlussendlich erfolgreichen Beitritt Spaniens zum heute deutsch-französisch-spanischen Abkommen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich ein.

Das Abkommen folgt überwiegend der Logik, dass die Regierungen weitgehend auf ein Veto verzichten und sich grundsätzlich nicht gegenseitig daran hindern, gemeinsam produzierte Rüstungsgüter zu exportieren. Zudem sieht es hohe, mitunter sogar verhandelbare, De-minimis-Anteile vor.<sup>7</sup> Es kann also der geringste Standard gelten. In den Worten der Lobbyabteilung Hensoldts eine »Vergrößerung des Export-Werkzeugkastens«.<sup>8</sup>

### Bekanntnisse zu Sicherheit und Nachhaltigkeit

Die Hensoldt AG betont, sie halte sich an alle geltenden Regeln. Doch nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Mit der Internationalisierungsstrategie, die Hensoldt unabhängiger von deutschen Exportregeln macht, setzt der Konzern auf reine Gewinnmaximierung. Wenn der Vorstand es hingegen ernst meint mit seinen Bekenntnissen zu Sicherheit und Nachhaltigkeit, muss dies bedeuten, sich von Kunden zu trennen, die Menschenrechte verletzen oder in völkerrechtswidrige Kriegshandlungen verstrickt sind.

## Fazit und Empfehlungen

Deutsche Rüstungsunternehmen halten weiterhin an Geschäften mit hochproblematischen Kunden fest. Ausländische Produktionsstandorte werden genutzt, um Aufträge bedienen zu können, die aus Deutschland womöglich nicht genehmigt werden würden. Gleichzeitig unterstützen die Unternehmen den Aufbau lokaler Produktionen in Krisenregionen. Auch europäische Kooperationsprojekte sieht die deutsche Rüstungsindustrie als Chance, um für eine laxere Exportpolitik zu werben. Doch Lieferungen an Länder, in denen Autokraten an der Macht sind, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden und die in Kriege involviert sind, haben nichts mit Sicherheit und Nachhaltigkeit zu tun.

### Wir fordern von den Unternehmen:

- ▶ sich von Kunden zu trennen, die Menschenrechte verletzen oder in völkerrechtswidrige Kriegshandlungen verstrickt sind.
- ▶ deutsche Exportregularien nicht weiter durch die Schaffung neuer Heimatmärkte im Ausland zu umgehen.
- ▶ sich nicht an der nuklearen Aufrüstung in Deutschland und Europa zu beteiligen.

### Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

- ▶ Ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden, das deutsche Rüstungsexporte tatsächlich in die Schranken weist! Dieses muss:
  - ◆ *ein Verbandsklagerecht beinhalten, damit gerichtlich überprüft werden kann, ob sich die Bundesregierung an ihre eigenen Regeln hält!*
  - ◆ *die Lücken schließen, die es international tätigen deutschen Rüstungsunternehmen erlauben, deutsche Rüstungsexportregelungen zu umgehen!*
  - ◆ *eine Veto-Möglichkeit bei europäischen Rüstungskoooperationen erhalten, damit die deutschen Regelungen nicht ausgehebelt und bestehende europäische Kriterien durchgesetzt werden können!*
- ▶ als Großanteilseignerin (Sperrminorität von 25,1 Prozent) der Hensoldt AG sicherzustellen, dass diese mit ihren Auslandsgeschäften den deutschen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien nicht umgehen kann.

## Herausgegeben von



**Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!**  
[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)



**Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre**  
[www.kritischeaktionaere.de](http://www.kritischeaktionaere.de)



**Ohne Rüstung Leben**  
[www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)



**RüstungsInformationsBüro**  
[rib-ev.de](http://rib-ev.de)

<sup>1</sup> [www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/rheinmetall-ruestungsindustrie-ukraine-krieg-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/rheinmetall-ruestungsindustrie-ukraine-krieg-101.html)

<sup>2</sup> [aufschrei-waffenhandel.de/service/pressemitteilungen/2023/07032023-ruestungsexporte-kontrollieren-bevor-es-zu-spaet-ist](http://aufschrei-waffenhandel.de/service/pressemitteilungen/2023/07032023-ruestungsexporte-kontrollieren-bevor-es-zu-spaet-ist) und [www.welt.de/politik/deutschland/plus244081127/Rheinmetall-Waffenlieferung-ist-nun-Fall-fuer-den-Generalbundesanwalt.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus244081127/Rheinmetall-Waffenlieferung-ist-nun-Fall-fuer-den-Generalbundesanwalt.html)

<sup>3</sup> [www.tagesschau.de/wirtschaft/rheinmetall-f-35-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rheinmetall-f-35-101.html)

<sup>4</sup> [www.ruestungsexport.info/de/map](http://www.ruestungsexport.info/de/map)

<sup>5</sup> [www.spiegel.de/wirtschaft/hensoldt-ag-wie-ein-deutscher-ruestungskonzern-das-embargo-gegen-saudi-arabien-austricksen-wollte-a-c8336039-d4e7-4de2-9398-6775fed52ce2](http://www.spiegel.de/wirtschaft/hensoldt-ag-wie-ein-deutscher-ruestungskonzern-das-embargo-gegen-saudi-arabien-austricksen-wollte-a-c8336039-d4e7-4de2-9398-6775fed52ce2)

<sup>6</sup> [www.spiegel.de/wirtschaft/hensoldt-ag-wie-ein-deutscher-ruestungskonzern-das-embargo-gegen-saudi-arabien-austricksen-wollte-a-c8336039-d4e7-4de2-9398-6775fed52ce2](http://www.spiegel.de/wirtschaft/hensoldt-ag-wie-ein-deutscher-ruestungskonzern-das-embargo-gegen-saudi-arabien-austricksen-wollte-a-c8336039-d4e7-4de2-9398-6775fed52ce2) und [www.zdf.de/nachrichten/politik/kampfdrohnen-tuerkei-hensoldt-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/kampfdrohnen-tuerkei-hensoldt-100.html)

<sup>7</sup> Mit De-Minimis-Regeln werden im Rahmen von länderübergreifenden Zulieferungen Vereinbarungen getroffen, die vorsehen, als Komponentenzulieferer bis zu einem bestimmten Wertanteil am Endprodukt in der Regel keine Einwendungen gegen Exportvorhaben des Endprodukts zu erheben. Dieser Schwellenwert liegt im Abkommen bei 20 Prozent.  
 Mehr Informationen: [aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/material\\_aktion\\_aufschrei/2020\\_05\\_auswertung\\_dt-frz\\_abkommen\\_ruestungsexportkontrolle.pdf](http://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/user_upload/dokumente/material_aktion_aufschrei/2020_05_auswertung_dt-frz_abkommen_ruestungsexportkontrolle.pdf)

<sup>8</sup> [www.spiegel.de/politik/deutschland/strengeres-gesetz-fuer-ruestungsexporte-das-waffendilemma-a-89a024a5-e718-4d41-8098-e34969c58fae](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/strengeres-gesetz-fuer-ruestungsexporte-das-waffendilemma-a-89a024a5-e718-4d41-8098-e34969c58fae)